

SEBASTIAN KURZ
BUNDESMINISTER

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris BURES
Parlament
1017 Wien

31. Juli 2017

GZ. BMEIA-AT.5.26.46/0067-V.3/2017

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Alev Korun, Kolleginnen und Kollegen haben am 31. Mai 2017 unter der Zl. 13249/J-NR/2017 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Verlängerung des saudischen Interessensfunktionärs Bin Muammar als Generalsekretär des König Abdullah Zentrums“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6, 12 und 13:

Generalsekretär Faisal bin Muaammar hat keine Regierungsfunktion in Saudi-Arabien (KSA) mehr inne seit er Generalsekretär (GS) des Internationalen Dialogzentrums in Wien (Zentrum) ist.

Zu den Fragen 7 und 8:

Der Inhalt dieser Fragen fällt nicht in die Vollziehung des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA).

Zu den Fragen 9 bis 11:

Das von einer IO mit eigener Rechtspersönlichkeit ausbezahlte jährliche Nettogehalt an ihren GS fällt nicht in die Vollziehung des BMEIA. Von Seiten des BMEIA gibt es keine Förderungen finanzieller Art für das Zentrum. Im Übrigen verweise ich auf meine Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen Zl. 2813/J-NR/2014 vom 22. Dezember 2014 und Zl. 2836/J-NR/2014 vom 23. Dezember 2014.

Zu Frage 14:

Ich verweise auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 4981/J-NR/2015 vom 10. Juli 2015.

Zu den Fragen 15 bis 17:

Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechts. Österreich releviert Menschenrechtsfragen regelmäßig im bilateralen Kontext gegenüber KSA, ebenso auf Ebene der Vereinten Nationen (VN) und der Europäischen Union (EU). Im Übrigen verweise ich auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfragen Zl. 4981/J-NR/2015 vom 10. Juli 2015 und Zl. 7260/J-NR/2015 vom 26. Jänner 2016.

Zu Frage 18:

Die entsprechenden Vorkehrungen werden durch die Einrichtung und Zuständigkeiten des Rates der Vertragsparteien (vgl. Art. V des Gründungsvertrages) gewährleistet. Im Übrigen verweise ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 13142/J-NR/2012 vom 21. Jänner 2013.

Sebastian Kurz

